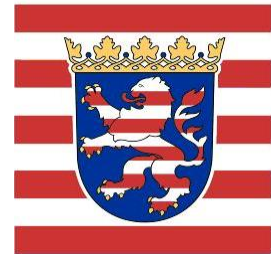




HESSEN



Bericht aus Brüssel

09/2025 vom 28.04.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik	3
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	5
Energie.....	6
Digital.....	7
Finanzdienstleistungen.....	8
Finanzen.....	9
Soziales.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	10
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	12
Inneres.....	13
Bildung und Kultur.....	14
Veranstaltungen.....	15
Vorschau.....	15

Rat; „Auswärtige Angelegenheiten“

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ beschäftigte sich am 14.04.2024 vor allem mit Russlands Aggression gegen die Ukraine. Er erörterte hierbei eine Verstärkung der militärischen Unterstützung durch die EU. Der Rat befasste sich auch mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten durch die Mission EUMAM Ukraine, in deren Rahmen bislang laut Rat über 73.000 Soldaten ausgebildet wurden. Schließlich prüfte der Rat den Stand der Sanktionen gegen Russland und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik kündigte an, dass mit der Arbeit an einem 17. Sanktionspaket begonnen wurde. Der Rat führte weiterhin einen Gedankenaustausch über die Beziehungen der EU zu den Partnern im Westbalkan, wobei der Schwerpunkt laut Rat darauf lag, wie die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung angesichts politischer Herausforderungen weiter verbessert werden kann und wie Stabilität und Sicherheit in der Region gefördert werden können. Der Rat hob insbesondere die Bedeutung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo hervor. Der Rat erörterte auch die Beziehungen zwischen der EU und der Afrikanischen Union und führte weiterhin einen Gedankenaustausch über den Nahen Osten, einschließlich der Entwicklungen in Syrien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2025/04/14/>

Rat; Makrofinanzhilfe für Jordanien

Am 14.04.2025 hat der Rat einen Beschluss zur Bereitstellung von bis zu 500 Mio. EUR an Makrofinanzhilfe für Jordanien angenommen. Ziel der Hilfe sei es, die wirtschaftliche Stabilität Jordaniens zu fördern und die laufende Reformagenda des Landes inmitten interner und externer Herausforderungen zu unterstützen. Die Unterstützung soll in Form von günstigen Darlehen über zweieinhalb Jahre bereitgestellt werden, wobei die Auszahlung an die Fortschritte bei den in der Vereinbarung festgelegten Reformen gebunden sind. Während der Laufzeit des Makrofinanzhilfe-Programms soll Jordanien sicherstellen, dass demokratische Mechanismen, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Jordanien gewahrt bleiben. Die Einhaltung dieser Bedingungen wird von der Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst überprüft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/14/jordan-council-adopts-decision-to-provide-eu-assistance-of-500-million-in-loans/>

Rat; Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern

Der Rat hat am 14.04.2024 die Überprüfung des EU-Rahmens für die Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern abgeschlossen. Die Waffenlieferungen der EU an die Ukraine waren laut Rat einer der Faktoren, die diese Überprüfung vorangetrieben haben, ebenso wie die Notwendigkeit, die Ausfuhr von gemeinsam von den Mitgliedstaaten (MS) entwickelter militärischer Ausrüstung zu erleichtern. Ziel sei die Stärkung der Kontrolle und Rechenschaftspflicht im internationalen Waffenhandel. Der Rat hat daher gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern angenommen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/14/arms-export-control-council-reviews-eu-framework-strengthening-the-control-and-accountability-of-international-arms-trade/>

Kommission; Konsultation zu neuer politischer Agenda für Städte

Die Kommission hat am 14.04.2025 eine Konsultation zu ihrer neuen Agenda für Städte gestartet. Mit der Agenda soll eine Bestandsaufnahme der EU-Initiativen und -Instrumente vorgenommen werden, um die derzeitige Unterstützung für Städte zu straffen. Ziel sei es, die Probleme von Städten besser in die künftige Politikgestaltung der EU zu integrieren. Stellungnahmen können bis zum 26.05.2025 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14615-Stadte-neue-politische-Agenda_de

Kommission; Gegenmaßnahmen gegen US-Zölle ausgesetzt

Die Kommission hat am 15.04.2025 die geplanten Gegenmaßnahmen gegen die US-Handelszölle auf Stahl und Aluminiumimporte für bis zu 90 Tage ausgesetzt. Dies soll laut Kommission Verhandlungen mit den USA ermöglichen. Die ausgesetzten EU-Maßnahmen betreffen US-Exporte im Wert von 21 Mrd. EUR. Die Aussetzung stelle eine Reaktion auf die Entscheidung der USA dar, ihre Gegenzölle um 90 Tage zu verschieben. Trotz der Aussetzung laufen laut Kommission parallel weiterhin Vorbereitungen für mögliche weitere Gegenmaßnahmen der EU. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte am 14.04.2025, dass die EU Gesprächen eine Chance geben will. Bei unzureichenden Ergebnissen werde sie jedoch Gegenmaßnahmen ergreifen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1058

Kommission; Neue Empfehlung zu Exportkontrollen

Die Kommission hat am 16.04.2025 eine Empfehlung zur besseren Koordinierung der nationalen Kontrolllisten für Güter mit doppeltem Verwendungszweck veröffentlicht. Dies soll die wirtschaftliche Sicherheit der EU stärken. Die Empfehlung basiert auf dem Weißbuch der Kommission über Ausfuhrkontrollen vom 24.01.2024. Sie zielt darauf ab, den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten (MS) und der Kommission zu verbessern. Zudem wird ein freiwilliger Koordinierungsmechanismus eingeführt, der es den MS ermöglicht, Entwürfe der Listen auszutauschen und vor der Verabschiedung Rückmeldung zu erhalten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32025H0683>

Kommission; Übernahme von Motel One durch PAI Partners

Die Kommission hat am 16.04.2025 bekannt gegeben, dass sie die Übernahme von Motel One mit Standorten u.a. auch in Hessen durch PAI Partners nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das Vorhaben betrifft in erster Linie den Markt für Beherbergungsdienstleistungen.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11933>

Kommission; Vorlage eines Verordnungsvorschlag für Investitionen in den Verteidigungssektor

Die Kommission hat am 22.04.2025 einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der Änderungen an bestehenden EU-Förderprogrammen vorsieht, um schnellere, flexiblere und koordinierte Investitionen in die europäische Verteidigungsindustrie zu ermöglichen. Ziel sei es, die Verteidigungsbereitschaft der EU bis 2030 zu stärken und den „ReArm Europe-Plan“ (vgl. BaB 07/2025) umzusetzen. Der Verordnungsvorschlag enthält laut Kommission Änderungen an der Verordnung zur Plattform für Strategische Technologien für Europa (STEP) sowie an den Verordnungen anderer Programme, wie dem Europäischen Verteidigungsfonds (EEF), dem Programm Digitales Europa

(DIGITAL) und Horizont Europa. Darüber hinaus sieht der Vorschlag auch vor, die Verordnung zur Unterstützung der Munitionsproduktion (ASAP) und die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) abzuändern, um die EU-Mittel noch stärker auf die Verteidigungsindustrie und Technologien auszurichten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX%3A52025PC0188&qid=1745326390551>

V e r k e h r

Kommission; Vereinbarung zur Erreichung von Netto-Null-Emissionen im weltweiten Seeverkehr bis 2050

Die Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) hat am 11.04.2025 eine Vereinbarung zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG) der globalen Schifffahrt bis 2050 getroffen. Diese umfasst laut Kommission neue Maßnahmen zur schrittweisen Reduzierung der THG-Intensität von marinen Brennstoffen. Die Einführung eines globalen Preismechanismus für Emissionen soll u.a. Unternehmen anregen, saubere Brennstoffe wie Methanol und Ammoniak zu verwenden. Ebenfalls werden standardisierte Kriterien und ein gemeinsames Zertifizierungssystem für Brennstoffe eingeführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1037

Eurostat; Daten zum „Modal Split“ im Güterverkehr innerhalb der EU im Jahr 2023

Eurostat veröffentlichte am 16.04.2025 Daten zum „Modal Split“ im Güterverkehr im Jahr 2023. Aus diesen geht laut Eurostat hervor, dass 2023 die meisten Güter innerhalb der EU auf dem Seeweg transportiert wurden. Im Jahr 2023 wurden danach rund zwei Drittel (67,4%) des gesamten Gütertransports innerhalb der EU per Schiff durchgeführt. Gemessen wurde anhand der transportierten Menge und der zurückgelegten Strecke (Tonnenkilometer). Der Straßenverkehr machte 25,3% des Transports aus, während der Schienenverkehr 5,5% und Binnenwasserstraßen 1,6% ausmachten. Der Anteil des Lufttransports lag laut Eurostat bei 0,2%. Im Vergleich zu 2013 war der Straßenverkehr der einzige Verkehrsträger, dessen Anteil um 2,8 Prozentpunkte zunahm. Der maritime Transport ging dagegen um 2,0 Prozentpunkte, der Binnenwasserstraßentransport um 0,6 Prozentpunkte und der Schienenverkehr um 0,2 Prozentpunkte zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250416-1>

Kommission; Überarbeitung der Rechtsvorschriften über die Straßenverkehrssicherheit

Die Kommission hat am 24.04.2025 ein Paket mit zwei Richtlinienvorschlägen zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften über die Verkehrssicherheit vorgelegt. Dieses Paket betrifft EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Fahrzeugzulassung. Die neuen Vorschriften sollen laut Kommission auch der zunehmenden Präsenz von Elektrofahrzeugen und neuen Technologien Rechnung tragen. Eingeführt werden sollen etwa Kontrollen wie regelmäßige technische Überprüfungen für Elektrofahrzeuge und fortschrittliche Fahrerassistenzsysteme. Alle Pkw und Lieferwagen, die älter als 10 Jahre alt sind, sollen zudem einer jährlichen Überprüfungspflicht unterliegen. Darüber hinaus schlägt die Kommission u.a. vor, digitale Fahrzeugzulassungen und Bescheinigungen über regelmäßige Prüfungen einzuführen. Auch der grenzüberschreitende Datenaustausch soll vereinfacht werden,

um die Bürgerinnen und Bürger vor betrügerischen Aktivitäten wie der Manipulation des Kilometerzählers zu schützen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2025%3A180%3AFIN>
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2025%3A179%3AFIN>

E n e r g i e

Kommission; Konsultation zu einem Verordnungsentwurf über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission hat am 07.04.2025 eine Konsultation zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung für die neuen EU-Vorschriften über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden gestartet. Mit der Verordnung sollen gemeinsame Vorlagen für die Übermittlung von Informationen über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden aus den nationalen Datenbanken an die Beobachtungsstelle für den EU-Gebäudebestand festgelegt werden. Stellungnahmen können bis zum 05.05.2025 abgegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14394-Energieeffiziente-Gebaude-Vorlagen-fur-die-Übermittlung-von-Informationen-an-die-Beobachtungsstelle-fur-den-EU-Gebaudebestand-Durchführungsrechtsakt- de>

Kommission; Konsultation zu einer Verordnung über Berechnung der Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz

Die Kommission hat am 09.04.2025 eine Konsultation zu dem Entwurf einer delegierten Verordnung über die Berechnung der Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz gestartet. Mit dieser soll laut Kommission die Berechnung kostenoptimaler Niveaus von Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz neuer und bestehender Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden sowie einzelner Gebäudekomponenten überarbeitet werden. Stellungnahmen können bis zum 07.05.2025 abgegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14395-Energieeffiziente-Gebaude-Uberarbeitete-Methode-zur-Berechnung-der-Mindestanforderungen-an-die-Gesamtenergieeffizienz-delegierter-Rechtsakt- de>

Rat; Verhandlungsmandat zur Änderung der Verordnung über die Gasspeicherung

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) haben am 11.04.2025 den Standpunkt des Rates zur Änderung der Verordnung über die Gasspeicherung gebilligt. Der Rat kam überein, die Regeln für die Gasspeicherung um zwei Jahre zu verlängern und gleichzeitig den MS zusätzliche Flexibilität einzuräumen. Die Kommission hatte vorgeschlagen, die bestehenden Verpflichtungen der MS, bis zum Winter einen Füllstand ihrer Gasspeicheranlagen von 90% zu erreichen, um zwei Jahre zu verlängern. Dies solle für Vorhersehbarkeit und Transparenz sorgen. Mit dem Mandat des Rates soll eine Reihe von Änderungen eingeführt werden, um den MS zusätzliche Flexibilität einzuräumen. Hierzu gehört laut Rat etwa, dass die Befüllungsziele von 90% zwischen dem 1. Oktober und dem 1. Dezember anstelle des 1. November erreicht werden können. Auch sollen die MS im Falle ungünstiger Marktbedingungen um bis zu 10% vom Befüllungsziel abweichen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/11/gas-storage-rules-council-agrees-its-negotiating-stance-mandate/>
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7515-2025-REV-1/en/pdf>

Kommission; 140 Mio. EUR Investition für digitale Technologien

Am 15.04.2025 veröffentlichte die Kommission vier neue Ausschreibungen im Rahmen des „Digital Europe Programme“ (DIGITAL), die insgesamt 140 Mio. EUR Fördervolumen umfassen. Ziel sei es, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) voranzutreiben, digitale Kompetenzen zu fördern sowie das Netzwerk der Europäischen Digitalen Innovationszentren (EDIHs) auszubauen. 1) 55 Mio. EUR sollen für die Einführung generativer KI in der öffentlichen Verwaltung und im Agrar- und Lebensmittelsektor bereitgestellt werden. 2) 27 Mio. EUR sollen in die Förderung fortgeschrittener digitaler Fähigkeiten, einschließlich der Etablierung von vier neuen digitalen Akademien für Quantum, KI und virtuelle Welten investiert werden. 3) 11 Mio. EUR sollen in den Ausbau des EDIH-Netzwerks investiert werden. 4) Mit 47 Mio. EUR soll die Einführung neuer digitaler Technologien und die Bekämpfung von Desinformation unterstützt werden, darunter die Schaffung eines Europäischen Netzwerks von Faktenprüfern. Alle vier Ausschreibungen laufen bis zum 02.09.2025.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-invests-eu140-million-deploy-key-digital-technologies>

Kommission; Konsultation zu Vorschriften für GPAI-Modelle gestartet

Am 23.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Klärung der Vorschriften für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck (General Purpose AI, GPAI) gestartet. Ziel der Konsultation sei es, klare und zugängliche Leitlinien zu entwickeln, die wichtige Konzepte wie „Was ist ein KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck?“ und „Welche Handlungen stellen ein Inverkehrbringen dar?“ zu präzisieren. Die Leitlinien sollen den Anbietern von GPAI-Modellen laut Kommission helfen, die Vorschriften des KI-Gesetzes besser zu verstehen und umzusetzen. Sie sind nicht verbindlich, bieten jedoch wertvolle Orientierung für die Anwendung der Vorschriften. Die Konsultation läuft bis zum 22.05.2025.

[https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/GPAI Guidelines Consultation 2025](https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/GPAI_Guidelines_Consultation_2025)

Kommission; Bußgelder gegen Apple und Meta in Höhe von 700 Mio. EUR verhängt

Am 23.04.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie erstmals Bußgelder gegen Apple und Meta im Rahmen des Digital Markets Act (DMA) verhängt hat. Ziel der Maßnahmen sei es, den fairen Wettbewerb und die Verbraucherrechte im digitalen Binnenmarkt zu stärken. Apple wurde mit einer Strafe von 500 Mio. EUR, Meta mit einer Strafe von 200 Mio. EUR belegt. Die Unternehmen hätten gegen ihre Pflichten als sogenannte „Gatekeeper“ verstoßen: Apple durch die Verletzung des „Anti-Steering“-Gebots, indem es App-Entwicklern untersagte, Nutzerinnen und Nutzer auf günstigere Angebote außerhalb des App Stores hinzuweisen. Meta hätte mit seinem „Zustimmen-oder-Zahlen“-Modell den Nutzern keine echte Wahl zwischen personalisierter und datensparender Werbung angeboten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1085

Kommission; Konsultation zur Integration der EU-Kapitalmärkte

Die Kommission hat am 15.04.2025 eine Konsultation zur Integration der EU-Kapitalmärkte gestartet. Ziel der Konsultation sei es, Rückmeldungen von Interessenträgern zu Hindernissen für die Finanzmarktintegration in der gesamten EU einzuholen. Diese Bemühungen seien ein wesentlicher Bestandteil der Umsetzung der Strategie der Spar- und Investitionsunion (SIU), die am 19.03.2025 von der Kommission vorgelegt wurde (vgl. BaB 07/2025). Die SIU-Strategie ziele darauf ab, die EU-Wirtschaft anzukurbeln, indem die Art und Weise, wie das EU-Finanzsystem Ersparnisse für produktive Investitionen mobilisiert, verbessert würde. Stellungnahmen können bis zum 10.06.2025 abgegeben werden.

https://finance.ec.europa.eu/regulation-and-supervision/consultations-0/targeted-consultation-integration-eu-capital-markets-2025_en?prefLang=de&etrans=de

Rat; Annahme des Richtlinienvorschlags zum Aufschub der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Der Rat hat am 14.04.2025 den Richtlinienvorschlag, der das spätere Inkrafttreten für neue EU-Regeln zu Sorgfaltspflichten und zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vorsieht angenommen. Diesen Aufschub (die sog. „Stop-the-Clock“-Richtlinie) hatte die Kommission vorgeschlagen. Mit der Richtlinie wird laut Rat die Anwendung der Anforderungen der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) für große Unternehmen, die noch nicht mit der Berichterstattung begonnen haben, sowie für börsennotierte KMU um zwei Jahre verschoben. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und die erste Phase ihrer Anwendung (welche die größten Unternehmen betrifft) wird laut Rat um ein Jahr verschoben. Auch das EP hatte dem Vorschlag bereits im Vorfeld zugestimmt. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie nunmehr bis zum 31.12.2025 in nationales Recht umsetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/14/simplification-council-gives-final-green-light-on-the-stop-the-clock-mechanism-to-boost-eu-competitiveness-and-provide-legal-certainty-to-businesses/>

Rat; Standpunkt zur Änderung „Invest EU“-Verordnung verabschiedet

Am 16.04.2025 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten den Standpunkt des Rates zum Kommissionsvorschlag zur Änderung der InvestEU-Verordnung verabschiedet. Der Vorschlag ist Teil der Ende Februar 2025 von der Kommission vorgelegten „Omnibus“-Pakete, mit dem die EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Nachhaltigkeit und EU-Investitionen vereinfacht werden sollen. Der Vorschlag ziele darauf ab, die Investitionskapazität der EU zu erhöhen und etwa 50 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen zu mobilisieren, um bestimmte EU-Politikbereiche zu unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/16/investment-simplification-council-agrees-position-on-the-invest-eu-regulation-to-boost-eu-competitiveness/>

EZB senkt den Leitzinssätze um 25 Basispunkte

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) hat am 17.04.2025 beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte zu senken. Damit soll laut EZB die Inflation mit dem Ziel von 2% stabilisiert werden. Die Inflation habe sich positiv entwickelt, jedoch seien die Wirtschaftsaussblicke durch zunehmende Handelsspannungen und Unsicherheiten belastet. Die Zinssätze für die Einlagefazilität, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die Spitzenrefinanzierungsfazilität werden sich mit Wirkung vom 23.04.2025 auf 2,25%, 2,40% bzw. 2,65% belaufen. Das Ankaufprogramm von Vermögenswerten werde in einem planmäßigen Tempo reduziert. Der Disinflationsprozess schreite laut EZB gut voran.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp250417~42727d0735.de.html>

Rat; Tagung der Euro-Gruppe am 11.04.2025

Am 11.04.2025 tagte die Eurogruppe im Vorfeld des informellen ECOFIN-Rates, um über die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Koordinierung der Politik im EURO-Währungsgebiet zu sprechen. Einigkeit herrschte laut Rat darüber, dass eine einheitliche Reaktion auf die Herausforderungen erforderlich ist. Der „Policy-Mix“ im Euroraum solle die Volkswirtschaften stärken und die langfristige Stabilität des EUR sichern. Außerdem wurde betont, dass laufende Projekte mit größerer Dringlichkeit vorangetrieben werden müssen. Paschal Donohoe, Präsident der Euro-Gruppe, hob hervor, dass die Auswirkungen aktueller Veränderungen auf die Wirtschaft sorgfältig berücksichtigt und in die politische Strategie des Euroraums integriert werden müssen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2025/04/11/>

Rat; Informelle Tagung des ECOFIN-Rates am 11./12.04.2025

Am 11./12.04.2025 kam der ECOFIN-Rat zu einer informellen Tagung in Warschau zusammen. Diskutiert wurden auf der Sitzung laut Rat die zentralen Herausforderungen für die europäische Wirtschaft. Der Rat betonte in seiner Aussprache die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz der EU. Die USA-Zölle auf Warenimporte beschäftigten zudem den Rat. Die temporäre Aussetzung der Zölle wurde grundsätzlich begrüßt. Thematisiert wurde laut Rat auch die Finanzierung der europäischen Sicherheit und Verteidigung. Der „ReArm Europe“-Plan der Kommission wurde als bedeutender Schritt zur Sicherung der europäischen Verteidigungsfähigkeit begrüßt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/04/11-12/>

Soziales

Rat; Informeller Rat; Geschlechtergerechtigkeit in digitalen Räumen

Am 16.04.2025 trafen sich die für Gleichstellung zuständigen EU-Ministerinnen und Minister unter dem Vorsitz der polnischen Ministerin Katarzyna Kotula in Warschau, um über Fortschritte und Herausforderungen auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der EU zu beraten. Hierzu müsse die EU online und offline ein sicherer Raum werden, wozu gender-basierte Gewalt weiterhin entschieden bekämpft werden und gegen Filterblasen vorgegangen werden müsse. Letztere hätten insbesondere bei jungen Menschen zu vermehrt gegen Gender-Gerechtigkeit

gerichteten Standpunkten und insgesamt zu einer Gender-Polarisierung geführt – mit weitreichenden Folgen auch für die mentale Gesundheit, so der Rat.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/historic-meeting-of-eu-ministers-for-equality-in-warsaw/>

Rat; Informeller Sozialrat; digitale Transformation am Arbeitsmarkt

Am 14./15.04.2025 trafen sich die Europäischen Ministerinnen und Minister für Beschäftigung in informeller Ratstagung, um wichtige Herausforderungen für den aktuellen Arbeitsmarkt zu diskutieren. Erster Fokus war hierbei der zunehmende Einsatz von künstlicher Intelligenz und algorithmusgestützten Entscheidungsprozessen. Trotz verbesserter Produktivität und hohem Innovationspotenzial bestehe in dem Bereich ein hohes Risiko von Transparenzmangel, Erosion von Rechten oder der Überwachung von Arbeitnehmenden. Gesellschaftlicher Dialog und eine angepasste Gesetzgebung sowie die aktive Beteiligungen von Gewerkschaften seien hilfreich.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/eu-ministers-discuss-the-future-of-the-labour-market-in-europe/>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Jahresbericht über das Safety Gate vorgestellt

Die Kommission hat am 16.04.2025 ihren Jahresbericht über das europäische Schnellwarnsystem für Produktsicherheit „Safety Gate“ vorgestellt. In dem Bericht finden laut Kommission die Produkte Erwähnung, die im vergangenen Jahr als gefährlich eingestuft und daher im Safety Gate gemeldet wurden. Insgesamt gingen 4.137 Meldungen ein. Dies ist die bisher höchste Zahl seit der Einrichtung des Systems im Jahr 2003. Die Kommission wertet dies als Beleg für die wachsende Wirksamkeit des Safety Gate. Mit 36% der Fälle waren Kosmetika am häufigsten betroffen, gefolgt von Spielzeug (15%), Elektroartikeln (10%), Kraftfahrzeugen (9%) und chemischen Erzeugnissen (6%). Das Hauptrisiko ging von chemischen Inhaltsstoffen wie Cadmium, Nickel und Blei aus. 97% der gemeldeten Kosmetika enthielten BMHCA, einen verbotenen synthetischen Duftstoff, der u.a. das Fortpflanzungssystem schädigen und Hautreizungen verursachen kann. Neben der Zahl der gemeldeten Produkte findet sich in dem Bericht laut Kommission auch eine Darlegung der Folgemaßnahmen, welche die betroffenen Staaten ergriffen haben, um Schäden für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermeiden und den Verkauf gefährlicher Produkte zu unterbinden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/safety-gate-2024-liste-gefahrlicher-produkte-ebnet-weg-fur-mehr-verbraucherschutz-2025-04-16_de

Landwirtschaft und Umwelt

Rat; EP; Vorläufige Einigung über Bodenüberwachungsrichtlinie

Rat und EP haben am 10.04.2025 eine vorläufige Einigung über die am 05.07.2023 von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie über die Bodenüberwachung und -resilienz erzielt. Neben der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Böden und der Bewältigung der Risiken, die von bestehender Kontamination ausgehen, verfolge die Richtlinie das Ziel, einen Rahmen für die Überwachung der Bodengesundheit in der gesamten EU einzuführen. Dieser solle auf den nationalen

Bodenüberwachungssystemen beruhen und den Mitgliedstaaten (MS) eine flexible und an die lokalen Bodenbedingungen angepasste Umsetzung erlauben. Betroffene MS sollen zudem die Unterstützung der Kommission bei der Entnahme, Testung und Archivierung von Bodenproben in Anspruch nehmen können. Landbesitzern und Landbewirtschaftern, einschließlich Landwirtinnen und Landwirten, sollen keine Verpflichtungen zur Überwachung oder Verbesserung der Bodengesundheit und -resilienz auferlegt werden. EP und Rat müssen die neue Richtlinie noch förmlich annehmen, bevor sie in Kraft treten kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/10/soil-monitoring-law-council-reaches-deal-with-parliament/>

Kommission; Leitlinien zur Umsetzung der EU-Entwaldungsstrategie

Zur Erleichterung der Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), die Ende 2025 in Kraft treten wird, hat die Kommission am 15.04.2025 neue Leitlinien und FAQs für Mitgliedstaaten (MS), Marktteilnehmer und Händler veröffentlicht. Beide Dokumente wurden laut Kommission auf der Grundlage von Rückmeldungen der MS, Partnerländer, Unternehmen und der Industrie erstellt und sollen mehr Rechtssicherheit schaffen sowie eine harmonisierte Umsetzung der Verordnung unterstützen. Die Leitlinien werden durch einen delegierten Rechtsakt ergänzt, den die Kommission ebenfalls am 15.04.2025 zur öffentlichen Konsultation gestellt hat. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen laut Kommission zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen um bis zu 30% führen.

https://environment.ec.europa.eu/document/5dc7aa19-e58f-42a3-bbbe-f0eb2e5a1d3a_en

Rat; Einigung auf Änderung des Schutzstatus des Wolfs

Am 16.04.2025 haben die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten (ASTV) das Mandat des Rats zur Änderung des Schutzstatus des Wolfs und damit eine Angleichung der EU-Rechtsvorschriften an das aktualisierte Berner Abkommen gebilligt. Die FFH-Richtlinie, welches das Berner Abkommen umsetzt, soll mit dem Ziel geändert werden, das derzeitige Schutzniveau des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abzuändern. Trotz der Herabstufung des Schutzniveaus sollen die Mitgliedstaaten auch künftig für einen guten Erhaltungszustand der Population sorgen und Maßnahmen zu ihrer Überwachung ergreifen. Hierzu können laut Rat auch vorübergehende lokale Jagdverbote gehören. EU-Mittel und Unterstützung für Koexistenz- und Präventionsmaßnahmen sollen weiterhin zur Verfügung stehen. Auch staatliche Beihilfen zur Entschädigung betroffener Landwirte sollen in Kraft bleiben.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7018-2025-INIT/de/pdf>

Kommission; Life-Arbeitsprogramm angenommen

Die Kommission hat am 15.04.2025 das Arbeitsprogramm für die Durchführung des LIFE-Programms im Zeitraum 2025-2027 angenommen. Das Programm legt laut Kommission dar, mit welchen Strategien, Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten der Übergang Europas zu einer sauberen, kreislauforientierten, wettbewerbsfähigen und klimaresilienten Wirtschaft vorangetrieben werden soll. Mit einem Gesamtbudget von 2,3 Mrd. EUR sollen Projekte zur Unterstützung der Null-Schadstoff-Emissionen, der Natur, der biologischen Vielfalt, des Klimaschutzes, zur Anpassung an den Klimawandel sowie zu sauberen Energien gefördert werden. Das LIFE-Programm wird von der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) verwaltet. Die LIFE-Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen 2025 werden auf dem Portal „Funding & tender opportunities“ veröffentlicht. Die CINEA wird vom 13.-

15.05.2025 virtuelle Informationsveranstaltungen für potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller organisieren.

https://environment.ec.europa.eu/funding_en#funding-opportunities

J u s t i z

EP; EuGH; Jährlicher Dialog von EP und EuGH

Das EP und der EuGH haben sich am 10.04.2025 in Luxemburg zu ihrem jährlichen Dialog getroffen. Im Rahmen der Reform der Satzung des EuGH, mit welcher zum 01.10.2024 die Zuständigkeit des EuGH für Vorabentscheidungen in bestimmten Bereichen auf das Gericht der EU übertragen worden war, hatten EP und EuGH einen konstruktiven Dialog über die Funktionsweise des Justizsystems der EU aufgenommen, unter strikter Einhaltung der Gewaltenteilung. Eine Delegation des zuständigen EP-Rechtsausschusses (JURI) wurde vom Präsidenten des EuGH, Koen Lenaerts, begrüßt, der von einer Delegation aus hochrangigen Mitgliedern des EuGH und des Gerichts begleitet wurde. Neben der Umsetzung der Satzungsreform konzentrierten sich die Gespräche laut EuGH auf den Einsatz künstlicher Intelligenz in der Rechtsprechung und die aktuelle Rechtsprechung zum Initiativrecht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-04/cp250051en.pdf>

Europarat; Resolution der Parlamentarischen Versammlungen des Europarats zu möglichem Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 10.04.2025 eine Resolution über einen möglichen, seit Jahrzehnten diskutierten, Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention gebilligt. Darin würdigte sie ein Urteil des EuGH vom 10.09.2024, in welchem dieser den Umfang seiner Zuständigkeit in Bezug auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik klargestellt hatte. Sie begrüßte die vorläufige Einigung vom März 2023 über den Entwurf der Beitrittsinstrumente und forderte die EU-Institutionen auf, den EuGH unverzüglich um ein neues Gutachten zu ersuchen und - falls das Gutachten positiv ausfalle - das Beitrittsabkommen so bald wie möglich abzuschließen.

<https://pace.coe.int/en/news/9863/pace-sets-out-final-steps-which-could-lead-to-eu-accession-to-the-european-convention-on-human-rights>

<https://pace.coe.int/en/files/34294/html>

EuGH; Veröffentlichung Jahresüberblick 2024

Der EuGH hat am 11.04.2025 seinen Jahresüberblick 2024 veröffentlicht. Er enthält Zusammenfassungen der wichtigsten Rechtssachen des Jahres, Statistiken zur Tätigkeit des Gerichtshofs und des Gerichts, einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des Jahres und Beiträge der Präsidenten des EuGH und des Gerichts der EU sowie von dessen Vizepräsidenten und des Kanzlers des EuGH zu Tätigkeit und Entwicklung der Rechtsprechung.

https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-04/ra_pan_2024_de_web.pdf

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Stärkung und Förderung der Demokratie in der EU

Die Kommission hat mit Frist bis zum 26.05.2025 eine Konsultation zum sogenannten europäischen Schutzschild für die Demokratie eingeleitet, der u.a. das Ziel habe, der ausländischen Manipulation von Informationen und Einflussnahme entgegenzuwirken und die Demokratie zu schützen. Die Konsultation bietet laut Kommission eine

Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, NGOs, Privatwirtschaft und andere Interessenträger, ihre Ideen zu teilen, wie Demokratie gefördert und gestärkt werden kann.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/offentliche-konsultation-wie-kann-demokratie-der-eu-besser-gestarkt-und-gefordert-werden-2025-04-01_de

In n e r e s

Kommission; Konsultation zum Rechtsakts zur Cybersicherheit

Die Kommission hat am 11.04.2025 eine Konsultation zur Bewertung und Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit von 2019 eröffnet. Ziel sei es, die Resilienz der EU gegenüber zunehmenden Cyberbedrohungen zu stärken. Es besteht bis zum 20.06.2025 die Möglichkeit zur Beteiligung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14578-The-EU-Cybersecurity-Act_en

Rat; Abkommen mit Kanada zum Austausch von Fluggastdatensätzen

Der Rat hat am 14.04.2025 einen Beschluss angenommen, mit dem ein Abkommen zwischen der EU und Kanada über die Übermittlung und Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR) förmlich geschlossen wird. Das Abkommen legt die Bedingungen für die Übermittlung von PNR-Daten aus der EU nach Kanada zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung terroristischer Straftaten oder schwerer grenzüberschreitender Straftaten fest.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/14/passenger-name-record-data-council-concludes-eu-canada-agreement/>

Europol; Zerschlagung krimineller Netzwerke durch Auswertung von verschlüsselter Kommunikation

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 15.04.2025 bekanntgab, wurden in mehreren europäischen Staaten und in der Türkei vier große kriminelle Netzwerke zerschlagen, die für die Einfuhr großer Mengen von Drogen in die EU verantwortlich gemacht werden. Insgesamt wurden laut Europol 232 Personen festgenommen, darunter hochrangige Zielpersonen mit zentraler Rolle im Bereich des Drogenhandels und der Geldwäsche. Darüber konnten Vermögenswerte in Höhe von 300 Mio. EUR sichergestellt werden. Grundlage des Ermittlungserfolges sei die fortgesetzte Auswertung verschlüsselter Kommunikationsplattformen wie Sky, ECC oder ANOM gewesen. An der von Europol koordinierten Aktion war u.a. das Bundeskriminalamt beteiligt.

https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/encrypted-app-intelligence-exposes-sprawling-criminal-networks-across-europe?mtm_campaign=press-releases-just-published-20250415

Kommission; Einzelne Bestandteile des Migrations- und Asylpakets sollen vorzeitig umgesetzt werden

Die Kommission hat am 16.04.2025 vorgeschlagen, zwei Schlüsselemente der Asylverfahrensverordnung vorzuziehen, um Asylanträge mit wenig Aussicht auf Erfolg schneller bearbeiten zu können. Ursprünglich war laut Kommission vorgesehen, dass die Verordnung im Juni 2026 in Kraft tritt. Nun soll die Regelung, wonach Mitgliedstaaten ein Grenzverfahren oder ein beschleunigtes Verfahren für Personen anwenden können, die aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von 20% oder darunter stammen, schneller umgesetzt werden. Ebenso soll die Regelung, die es

ermöglicht, einen Staat nur teilweise oder für bestimmte Personengruppen als sicheren Dritt- oder Herkunftsstaat einzustufen, vorzeitig in Kraft treten. Die Asylverfahrensverordnung ist Teil des im vergangenen Jahr verabschiedeten Migrations- und Asylpaketes.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1070

Kommission; EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten vorgeschlagen

Am 16.04.2025 hat die Kommission vorgeschlagen, eine einheitliche EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten zu erstellen. Die EU-Liste soll nationale Listen sicherer Herkunftsstaaten ergänzen und eine einheitlichere Anwendung des Konzepts ermöglichen. Die Kommission schlägt vor, in dieser Liste die folgenden Drittstaaten aufzunehmen: Kosovo, Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Marokko und Tunesien. Zudem sollen EU-Beitrittskandidaten grundsätzlich als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Die Einstufung als sicheres Herkunftsland solle nur bei Vorliegen bestimmter Umstände nicht erfolgen, etwa bei Vorliegen von willkürlicher Gewalt in Konfliktsituationen oder einer EU-weiten Anerkennungsquote von mehr als 20%.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1070

Kommission; Veröffentlichung des vierten Schengen-Statusbericht

Am 23.04.2025 hat die Kommission den vierten Schengen-Statusbericht veröffentlicht. Der Bericht bietet laut Kommission einen Überblick über Erfolge und Entwicklungen im Schengen-Raum im letzten Jahr. Die künftigen Herausforderungen und Aufgaben gehörten laut Bericht insbesondere die Stärkung der Governance, die Digitalisierung von Sicherheits- und Reisesystemen, die engere Polizeizusammenarbeit und Verbesserungen von Rückführungsprozessen. Zudem werde die Zusammenarbeit mit Drittstaaten weiter intensiviert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1087

Bildung und Kultur

Kommission; Konsultation; Kultur; Kulturkompass

Die Kommission hat am 15.04.2025 eine öffentliche Online-Konsultation zum von der Kommission geplanten Kulturkompass („Culture Compass“) gestartet, der im vierten Quartal 2025 veröffentlicht werden soll. Der Kulturkompass war bereits im „Mission Letter“ der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an den EU-Kulturkommissar Glenn Micallef von September 2024 als Aufgabe angekündigt worden. Er soll laut Kommission einen neuen strategischen Rahmen für die EU-Kulturpolitik darstellen, der sich mit Themen wie z.B. der künstlerischen Freiheit, den sozialen und Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, den Chancen und Herausforderungen von Künstlicher Intelligenz, der kulturellen Teilhabe und den Auswirkungen des Kultur- und Kreativsektors auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU befasst. Kultureinrichtungen und -verbände, Künstler und Kulturakteure sowie alle Interessierten können sich an der Konsultation bis zum 13.05.2025 beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14609-A-Culture-Compass-for-Europe_en

Veranstaltungen

Veranstaltung „Together by Design“

Am 23.04.2025 und 24.04.2025 fand die Veranstaltung „Together by Design“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Hierzu hatten der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, sowie die Organisatoren des Hessischen Staatspreises Universelles Design (HSUD), in Kooperation mit World Design Capital Frankfurt RheinMain 2026 (WDC) und dem German Design Council (GDC) eingeladen. Bei der Abendveranstaltung am 23.04.2025 begrüßte zunächst die Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, Manuela Strube, die rund 150 Gäste. Im Anschluss führte Nicola Stattmann, Co-Gründerin Office for Micro Climate Cultivation, unter dem Motto „Design, please take over“ in ihrer Keynote aus, wie wichtig die tatsächliche Umsetzung von Design sei. Beim anschließenden Panel diskutierten Uwe Becker, Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen; Ruth Reichstein, Mitglied des Kabinetts von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen; Carolina Romahn, Geschäftsführerin World Design Capital Frankfurt RheinMain 2026; Maria Möller, HSUD Preisträgerin, talking hands flipbooks GmbH; Nicola Stattmann sowie Lutz Dietzold, Managing Director German Design Council, zum Thema „Transformative Power of Design“. Am Ende der Veranstaltung eröffnete Staatssekretärin Manuela Strube die Ausstellung des Hessischen Staatspreises für universelles Design. Am Folgetag eröffnete Staatssekretär Uwe Becker die zahlreichen Workshops, die ein Verständnis für europäische Designpolitik und -förderung schaffen sollten. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Design als Brücke zwischen Politik und Gesellschaft wirken kann. In seiner Begrüßung hob Staatssekretär Becker die Bedeutung von universellen Designs hervor die darin liege, dass Inklusion als selbstverständlicher Teil von Gesellschaft und Design zu verstehen sei und nur eine inklusive Gesellschaft auch demokratisch sei.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

28./29.04.2025	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Umwelt
07./08.05.2025	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Auswärtigen Angelegenheiten (Gymnich-Treffen)

Europäische Kommission

06.05.2025	Roadmap REPowerEU
------------	-------------------

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg 05.-08.05.2025:

- Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2023
- Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank
- Die Europäische Strategie für eine resiliente Wasserversorgung
- Bankenunion – Jahresbericht 2024
- Einheitliche Reaktion der EU auf die ungerechtfertigten US-Handelsmaßnahmen und globale Handelsmöglichkeiten für die EU
- Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum (BRIDGEforEU)
- Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 bezüglich des Geltungsbereichs der Vorschriften für Referenzwerte, der Verwendung in der Union von Referenzwerten, die von einem in einem Drittstaat angesiedelten Administrator bereitgestellt werden, und bestimmter Meldepflichten
- Unternehmensbezogene Arbeitsmarktstatistiken der Europäischen Union
- Ein neu gestalteter langfristiger Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel
- Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-Vereinigtes Königreich
- Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Kommission, Exekutivagenturen und Europäische Entwicklungsfonds
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Gerichtshof der Europäischen Union
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Rechnungshof
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Ausschuss der Regionen
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Bürgerbeauftragter
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Datenschutzbeauftragter
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Auswärtiger Dienst
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäische Staatsanwaltschaft
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Agenturen
- Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – gemeinsame Unternehmen
- Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2024
- Berichte 2023 und 2024 über die Türkei
- Fortgesetzte Zulassung genetisch veränderter Organismen durch die Kommission trotz Einwänden des Parlaments
- Gedenken zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa

Ausschuss der Regionen

05.05.2025	ENVE-Fachkommissionssitzung Mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen (Abstimmung) Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) (Abstimmung) Aktionsplan für erschwingliche Energie zuverlässige Versorgung aller Städte und Regionen mit erschwinglicher und sauberer Energie (Meinungsaustausch)
06.05.2025	COTER-Fachkommissionssitzung Keine Abstimmungen oder Meinungsaustausche
07.05.2025	SEDEC-Fachkommissionssitzung Generationengerechtigkeit: Ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften (Abstimmung) EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut (Meinungsaustausch) Strategie für eine Union der Kompetenzen (Meinungsaustausch) Stärkung der Rechte der Frauen in der EU: Eine lokale und regionale Perspektive (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 28.04.-09.05.2025:

29.04.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-181/23 Kommission / Malta (Unionsbürgerschaft durch Investition) – Maltesisches Staatsbürgerschaftsprogramm für Investoren

29.04.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-452/23 Fastned DEU – Schnelladeinfrastruktur an Bundesautobahnen (DEU)

29.04.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-453/23 Prezydent Miasta Mielca – Grundsteuerbefreiung – Verbotene staatliche Beihilfe? (POL)

29.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsache C-521/21 Rzecznik Praw Obywatelskich (Antrag auf Ausschluss eines Richters eines ordentlichen Gerichts) – Richterliche Unabhängigkeit (POL)

30.04.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-386/23 Novel Nutriology – Botanicals (DEU)

30.04.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-246/24 Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main (Ausfuhr von Bargeld nach Russland) – Restriktive Maßnahmen – Russland (DEU)

30.04.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-218/18 RENV Deutsche Lufthansa / Kommission – Staatliche Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn

30.04.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-83/20 RENV bonnanwalt / EUIPO - Bayerischer Rundfunk u.a. (Tagesschau) – Markenstreit um Tagesschau

05.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-675/22 POL / Rat (Senkung der Gasnachfrage) – Nichtigkeitsklage gegen Verordnung 2022/1369 zur Senkung der Gasnachfrage

06.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-590/23 Pelham – Sampling (elektronisches Kopieren von Audiofragmenten) (DEU)

07.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-457/23 P Deutsche Lufthansa / Ryanair u. a. – Rekapitalisierung von Lufthansa im Kontext der Covid-19-Pandemie

08.05.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-697/23 HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse – Vergleich von Versicherungen auf Check24 mittels Tarifnoten (DEU)

08.05.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-318/23 Kommission / SLO (Deponie von Bukovžlak) – Antrag auf Verhängung finanzieller Sanktionen

08.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-77/24
Wunner – Rückforderung von Glücksspieleinsätzen – Anwendbares Recht (AUT)

08.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-115/24
Österreichische Zahnärztekammer – Grenzüberschreitende Kooperation bei
Zahnregulierung (AUT)

08.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-
698/23 P Europäischer Datenschutzbeauftragter (EDSB) / Parlament und Rat –
Klagebefugnis des Europäischen Datenschutzbeauftragten

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 09.05.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
--------------------------------	-----